Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 100 (2020)

Heft: 1076

Artikel: Schlagartig Schicksalsgemeinschaft

Autor: Freitag, Markus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-914569

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schlagartig Schicksalsgemeinschaft

Pandemien, Kriege oder wirtschaftliche Zusammenbrüche können uns egoistischer und misstrauischer machen – aber auch hilfsbereiter. Welchen Weg wir gehen, hängt wesentlich vom bestehenden gesellschaftlichen Zusammenhalt ab.

von Markus Freitag

Eine Migros, ein Coop oder Denner irgendwo in diesem Land. Wer in der Coronakrise seinen Allerwertesten retten will, muss früh aufstehen, um dreilagiges Toilettenpapier zu erstehen. Wer welches bekommt, hamstert nicht selten gleich mehrere Packungen. Covid-19 impft uns Angst und Misstrauen ein und wirft uns in den Naturzustand zurück: Homo homini lupus est.

Szenenwechsel. Bauma im Zürcher Oberland irgendwann im März mitten im Coronawahnsinn. Weil im Gasthof Tanne aufgrund der vorübergehenden Schliessung des Betriebes Lebensmittel zu verfallen drohen, verschenken die Wirtsleute ihre Esswaren an die Bewohnerinnen und Bewohner der örtlichen Alterssiedlung. Die beschäftigungslosen Gastronomen bieten sogar an, für ihre älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger unentgeltlich Einkäufe zu erledigen oder Reinigungsarbeiten zu übernehmen. Eine Liste von derlei Begebenheiten menschlicher Verhaltensweisen in Zeiten der Viruskrise liesse sich beliebig weiterführen. Digital oder analog gehaltene Nachbarschaftshilfen von Jung und Alt werden beklatscht, Hamstereien von Lebensmitteln, Medikamenten und Schutzmasken sind zwar verpönt, wecken aber beim einen oder anderen bisweilen den Vorteil verschaffenden Instinkt des persönlichen Vortritts. Es scheint, als seien Ich-Bezogenheit und Gemeinwohlorientierung Ausdruck der Janusköpfigkeit von Krisenzeiten. Doch wohin schlägt das Pendel stärker aus? Verfallen wir in den Egotrip oder verhelfen uns kritische Situationen wie die jetzige im Gegenteil zu mehr Solidarität, Vertrauen und Toleranz? In seinem 2019 erschienenen Buch «The Psychology of Pandemics» verweist der klinische Psychologe Steven Taylor auf den wachsenden Altruismus im Zuge weltweiter Seuchen. Eine kürzlich erschienene Auswertung historischen Datenmaterials kommt hingegen zum Befund einer vertrauenshemmenden Wirkung der Spanischen Grippe vor rund 100 Jahren.

Rückzug ins Private

Wir können zum jetzigen Zeitpunkt nur erahnen, was die Coronapandemie mit uns anstellt. Expertinnen und Experten warnen mit Nachdruck vor den wirtschaftlichen, aber auch sozialen Kosten der Krise. Mit diesen einher gehen psychische Probleme bis hin zum Suizid und auch häusliche Gewalt. Doch wie wirkt sich eine Pandemie auf das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu den Behörden aus? Vertraut man den Verwaltungsorganen eher – oder gerade nicht? Welche Konsequenzen hat die Seuche auf das Vertrauen der Menschen untereinander? Im Familien- und Freundeskreis? Gegenüber Fremden? Wie wirken sich Notlagen auf unser Gemeinwohlengagement aus? Obschon wir noch eine Weile auf seriöse Antworten auf diese Fragen warten müssen, können Erforschungen anderer Krisenszenarien erste Aufschlüsse geben. Welche Spuren hinterlassen beispielsweise gewalttätige Konflikte wie Bürgerkriege oder auch Naturkatastrophen und Rezessionen in unseren Gesellschaften?

Krisen sind unerwünschte, schwierige Lagen, die von Verlusten oder Bestandsbedrohungen und meist unerfüllbaren Anforderungen geprägt sind. In besonderem Masse trifft dies auf wirtschaftliche Krisen zu. Inwiefern sich derartige Notlagen auf den Zusammenhalt einer Gesellschaft auswirken, beschäftigt die modernen Sozialwissenschaften spätestens seit den «Arbeitslosen von Marienthal» aus den 1930er Jahren. Die als Klassiker der empirischen Sozialforschung gehandelte Studie untersuchte unter anderem die psychischen und sozialen Folgen geografisch konzentrierter Arbeitslosigkeit in einem kleinen österreichischen Industriedorf. Die Ergebnisse sind eindeutig: Die einst für ihre Lebenslust und ihr Vereinsengagement bekannten Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner froren im Zuge des wirtschaftlichen Niedergangs ihre sozialen Aktivitäten ausserhalb der eigenen Familie weitgehend ein. Die Menschen kapselten sich ab, von Neid getriebene Gehässigkeiten nahmen zu und der gesellschaftliche Kitt zerbröckelte. Eine bemerkenswerte Ausnahme dieses Rückzugs stellten diejenigen Vereine dar, die ihren Mitgliedern materielle Vorteile bieten konnten. Mit anderen Worten: Die Vereinseinbindung mutierte in Krisenzeiten von der Gesinnungssache zur Interessenangelegenheit.

Europaweite Untersuchungen zu den Auswirkungen der Finanzkrise zu Beginn des Jahres 2008 unterstützen die Befunde aus Niederösterreich und zeigen, dass finanzielle Notlagen das ehrenamtliche Engagement erodieren lassen. Soziale Aktivitäten sind mit Kosten verbunden. Fällt die finanzielle Absicherung weg, werden

«Krisenzeit ist Regierungszeit. Beinahe alle Notlagen lassen das Antlitz der politisch Verantwortlichen erleuchten.»

Markus Freitag

Markus Freitag, zvg.

die Freiräume für gemeinwohlorientiertes Engagement knapp und die Prioritäten verlagern sich. Zudem gilt: In wirtschaftlich schwierigen Zeiten fühlen sich Menschen finanziell unsicherer. Zum Schutze ihres Arbeitsplatzes arbeiten sie härter, was zulasten ihrer gesellschaftlichen Einsatzbereitschaft geht. Während im Nachgang zur europäischen Finanzkrise insbesondere das Engagement in Freizeitorganisationen (in Sport- und Kulturvereinen) nachliess, blieben die freiwilligen Tätigkeiten in Verbänden, die ihren Mitgliedern ökonomische Vorteile versprechen (etwa Gewerkschaften oder Berufsverbände), in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unberührt, so auch in Marienthal. Zudem ziehen sich vor allem formal gering Gebildete aus dem sozialen Leben zurück. Obwohl auch gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten, wollen diese sich weiter freiwillig engagieren, weil sie stärker durch gemeinwohlorientierte Normen wie auch altruistische Motive und weniger durch Erwartungen zukünftiger Belohnungen mobilisiert werden. Kurzum: Freiwillige reagieren auf wirtschaftliche Schwierigkeiten sensibler, wenn ihnen finanzielle Mittel fehlen.

Regierungen profitieren – kurzfristig

Krisenzeit ist Regierungszeit. Beinahe alle Notlagen lassen das Antlitz der politisch Verantwortlichen erleuchten. Von dieser Solidaritätswelle wird der Bundesrat in diesen Tagen ebenso erfasst wie Giuseppe Conte, Emmanuel Macron, Angela Merkel und Donald Trump. Inmitten der Krisenzeit schart sich die Bevölkerung gerne um die Regierenden und überhäuft sie mit Zustimmung und Vertrauen («rallying around the flag»). Dieser Effekt verschwindet freilich schnell, sobald die Krise überwunden ist. Analysen zum Finanzkollaps vor zehn Jahren kommen deshalb auch zum Schluss, dass Volkes Unterstützung für die europäischen Demokratien nach der Krise abnimmt, wenn letztere nicht zur Zufriedenheit bewältigt wird und die Kostenlasten einseitig verteilt sind. Hinterlassen wirtschaftliche Notlagen zudem soziale Ungleichheiten, leidet ferner das zwischenmenschliche Vertrauen. Hier gilt es freilich zu spezifizieren: Wer in einen finanziellen Engpass schlittert, begegnet insbesondere Fremden mit Misstrauen und sucht die Nähe zum persönlichen Umfeld und zu Menschen mit den gleichen Identitäten.

Analysen zu den Konsequenzen von Naturkatastrophen wie Erdbeben, Hochwasser, Tsunamis oder Wirbelstürmen vermitteln ein ähnliches Bild von Wellen des Entgegenkommens und gegenseitiger Hilfestellungen im Nachgang eines Naturdesasters. Beispielsweise lagen sich die führenden Politikerinnen und Politiker in New Orleans lange Jahre über eine Reform des maroden Schulsystems in den Haaren. Nach dem Hurrikan Katrina legten die Entscheidungstragenden ihre Differenzen beiseite, rauften sich zusammen und vereinbarten, das Schulsystem mit einer völlig neuen Struktur zu versehen. Allerdings stellt sich ein derartiges Miteinander nur ein, wenn die Katastrophe nicht auf menschliches Versagen zurückgeht. In diesem Fall wandelt sich die Schicksalsgemeinschaft zur Vorwurfsgesellschaft, und es ist mit gesellschaftlichen Eruptionen und Konflikten zulasten der Verantwortlichen zu rechnen, welche die Unterstützungsleistungen überlagern. Wie Naturkatastrophen auf das Vertrauen in die Behörden und Entscheidungsverantwortlichen wirken, hängt indes zentral vom wahrgenommenen Krisenmanagement und der damit zusammenhängenden Berichterstattung ab. Einem kürzlich erschienenen Bericht der «New York Times» zufolge führte die Verharmlosung der Spanischen Grippe durch Politik und Medien zu einem massiven Vertrauensschwund gegenüber den amerikanischen Institutionen und massgeblichen Akteuren des Landes. Die in der Bevölkerung grassierende Unsicherheit entzog schliesslich auch dem Vertrauen der Menschen untereinander den Boden. Unvergessen bleibt im umgekehrten Fall, wie die ostdeutsche Jahrhundertflut im Jahre 2002 Gerhard Schröder vor einem Millionenpublikum die Gummistiefel anziehen liess und dessen Kanzlerschaft rettete, während sein Kontrahent Edmund Stoiber vom sicher geglaubten Siegerpodest hinweggespült wurde.

Etwas vertrackter wirken Naturkatastrophen auf die Entwicklung unseres zwischenmenschlichen Vertrauens. Sie können im Nachhinein durchaus eine heilende Wirkung auf das Vertrauen der Menschen untereinander ausüben, allerdings beruht dies auf einer Reihe von Bedingungen. Zum einen zeigen Forschungen, dass Stürme das soziale Vertrauen begünstigen, während Überschwemmungen es beeinträchtigen. Zum anderen dürfen durch Naturkatastrophen hervorgerufene Notlagen nicht zusätzlich durch gemeinwohlschädliches Verhalten verschärft werden, wie dies etwa durch Plünderungen im Nachhall zu Katrina in New Orleans geschehen ist. Naturkatastrophen münden auch dann sehr wahrscheinlich in eine soziale Havarie, wenn von staatlicher Seite keine Garantien materieller und persönlicher Sicherheit geleistet werden können. Schliesslich wird aufgezeigt, dass die zerstörerische Wucht von Naturkatastrophen auf das zwischenmenschliche Vertrauen dort weniger stark ausfällt, wo das soziale Miteinander bereits vor dem Unheil zelebriert wurde und persönliche Kosten von der auf Hilfe getrimmten Gemeinschaft getragen werden.

Ein Trauma kann stärker machen

Lange Zeit argumentierten auch Studien zur Wirkung von bewaffneten Konflikten, dass kriegsbedingte Gewaltanwendungen politische und soziale Schäden hinterlassen und bei den Betroffenen einen Rückzug aus dem öffentlichen Leben mit sich bringen. Infolge sogenannter posttraumatischer Belastungsstörungen und damit einhergehender psychischer Einschränkungen entwickeln die Geschädigten Gefühle der Angst und Schutzlosigkeit, die mit sozialer Isolation und einem Vertrauensentzug gegenüber politischen Institutionen und den Mitmenschen einhergehen. Jüngere Arbeiten zu Bürgerkriegen verweisen demgegenüber auch auf positive Veränderungsprozesse, die nach schweren Krisen und Traumata bei den Opfern zu beobachten sind. Ganz im Sinne von Nietzsche: «Was uns nicht umbringt, macht uns stärker.» Kriegserfahrungen gehen dabei nicht nur mit psychischen und sozialen Einbussen einher, sondern können bei den Opfern auch Bereicherungen hervorrufen. Dieses als posttraumatisches Wachstum bekannte Phänomen stellt auf

eine persönliche Reifung, eine grössere Wertschätzung des Lebens, intensiver gelebte soziale Beziehungen, neue Lebensschwerpunkte und einen erweiterten Sinn für Spiritualität infolge von Kriegserfahrung ab. Das dadurch entwickelte grössere Selbstvertrauen, das Wissen um die Stärke des Überlebenswillens und die erlangte Kreativität im Umgang mit nachteiligen Lebensumständen beeinflussen das soziale und politische Denken und Handeln in positiver Weise. Zahlreiche Studien aus den vergangenen zehn Jahren dokumentieren dahingehend ein gestiegenes ziviles Engagement von Menschen mit Kriegserfahrung. Bisweilen geht diese Entwicklung auch mit einem gewachsenen Vertrauen in die Mitmenschen und Institutionen wie auch mit einer Toleranz gegenüber den ehemaligen Peinigern einher.

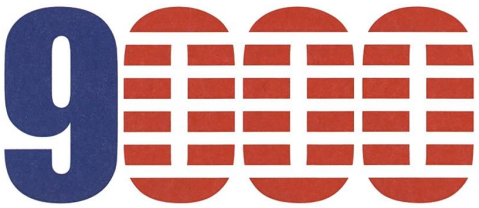
Gesellschaftliches Schmiermittel

Welche Konsequenzen der Coronapandemie lassen sich vor diesem Hintergrund und den Erfahrungen aus anderen Notlagen für unsere Gesellschaft ableiten? Drei Erkenntnisse sind zentral: Zum Ersten können Krisen sowohl negative als auch positive gesellschaftliche Auswirkungen nach sich ziehen. Zum Zweiten können sich kurzfristige von langfristigen sozialen Konsequenzen unterscheiden. Eine massive Regierungsunterstützung zu Beginn einer Krise schliesst Liebesentzug in späterer Zeit nicht aus. Zerronnenes Vertrauen in die Mitmenschen am Anfang einer Katastrophe kann durch eine spätere Hinwendung zum mitunter unbekannten Gegenüber abgelöst werden. Zunächst erkennbares egoistisches Denken und Handeln zum Selbstschutz kann ebenso durch zeitversetzt eintretende Solidarität ersetzt werden, wie im umgekehrten Fall ein Eventengagement keinesfalls zu nachhaltiger und regelmässiger Ehrenamtlichkeit führen muss.

Welcher Pfad eingeschlagen wird und was Krisen langfristig mit uns machen, hängt zum Dritten neben glaubwürdigen und durchsetzungsfähigen Regierungsbehörden nicht zuletzt auch vom bereits vorhandenen sozialen Kapital einer Gesellschaft ab. Dieses Beziehungsvermögen stellt nicht nur die Weichen für das erfolgreiche Zusammenspiel zwischen den massgebenden Entscheidungsträgern. Es fungiert auch als Schmiermittel, das die Räder zwischen Regierenden und Regierten ohne grosse Kosten gegenseitiger Überwachung ineinandergreifen und gegenseitiges Vertrauen gedeihen lässt. Kurzum: «United we stand, divided we fall» – oder für diese Tage frei übersetzt: Zusammenstehen im wörtlichen Sinn ist riskant, im übertragenen Sinn hat es dagegen eine heilende Wirkung. ‹

Markus Freitag
ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er forscht unter anderem zum sozialen Zusammenhalt in Gesellschaften und ist Autor des Buches «Das soziale Kapital der Schweiz».

Zahl des Monats



Banken gingen in den USA von Anfang 1930 bis Ende 1933 unter. Dadurch reduzierte sich die Anzahl aktiver Geldhäuser in den USA von etwa 24 000 Ende 1929 in den ersten Jahren der Grossen Depression um mehr als ein Drittel.
Eine Besonderheit des damaligen US-Bankensystems war mitverantwortlich sowohl für die grosse Zahl operierender Banken als auch die zahlreichen Bankenpleiten. Es war nämlich überaus fragmentiert: Sowohl Banken mit nationaler als auch Banken mit einzelstaatlicher Zulassung waren in der geografischen Ausdehnung ihrer Aktivitäten beschränkt. Einige Staaten liessen gar keine Zweigniederlassungen zu und Banken mit nationaler Zulassung konnten Zweigniederlassungen nur durch Übernahmen anderer Banken etablieren. Diese Regulierungsstruktur führte zu einem Bankensystem mit vielen kleinen, geografisch schlecht diversifizierten Banken, die der Kombination aus regionalen und landesweiten wirtschaftlichen Verwerfungen der frühen 1930er Jahre nicht gewachsen waren. Der Abbau von Regulierungen seit den 1970er Jahren erleichterte den Aufbau landesweiter Niederlassungsnetzwerke. Heute konkurrieren die US-Institute in einem einzigen gemeinsamen Bankensystem, nicht in fünfzig verschiedenen, voneinander isolierten.
Anders sieht es in der heutigen EU aus: Hier können Banken grundsätzlich grenzüberschreitende Niederlassungsnetzwerke etablieren. Dennoch sind sie in vielen Fällen eng mit Unternehmen, Haushalten und dem Staat ihres Ursprungslandes verwoben. Entsprechend gross sind ihre geografischen Klumpenrisiken. Ein echter gemeinsamer Bankenmarkt wie in den USA bedingte eine grenzüberschreitende Konsolidierung des EU-Bankenmarktes. So wären die Banken und das Finanzsystem zumindest im Falle regionaler Verwerfungen robuster. Dazu ist es bisher nicht gekommen, auch weil die Attraktivität grenzüberschreitender Übernahmen aufgrund nationaler Eigenarten der Steuer-, Rechts-, Einlagensicherungs- und Regulierungssysteme weiterhin überschaubar ist. Bis es so weit ist, wird bei regionalen wirtschaftlichen Schocks stets das Risiko nationaler Bankenkrisen mitschwingen.

Alexander Fink *ist Ökonom und arbeitet am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig und ist Senior Fellow am Institute for Research in Economic and Fiscal Issues – IREF.*